

Die Gemeinderatsfraktion der Freien Wähler informiert

Die Grundsteuerreform geht in die Zielgerade

Das bisherige System der Grundsteuererhebung war verfassungswidrig, wie das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2018 festgestellt hat. Damit musste die Systematik der Steuererhebung verändert werden. Die Grundsteuer ist eine reine Kommunalsteuer, die vor allem die Infrastruktur einer Kommune absichern soll. Die Höhe der Grundsteuer wird über den Hebesatz festgelegt. Diesen beschließt der Gemeinderat der jeweiligen Gemeinde. Die Grundsteuer ist neben den Anteilen zur Einkommenssteuer für die Gemeinde Wilhelmsfeld eine wichtige Steuer, da die Gewerbesteuererinnahmen vergleichsweise gering sind. Daher muss die Infrastruktur vor allem aus der Einkommenssteuer und der Grundsteuer finanziert werden. Bei der Infrastruktur besteht in Wilhelmsfeld ein Sanierungsstau – vor allem bei den Straßen. Daher hat der letzte Gemeinderat einen Plan entworfen, wie der Zustand verbessert werden kann. Hier muss sich dringend etwas ändern. Über die Probleme der Infrastruktur haben wir bereits in fast jedem „Wilhelm“ berichtet, was unter www.fw-wilhelmsfeld.de ausführlich nachzulesen ist.

Die Grundsteuer wird ab dem 01. Januar 2025 neu festgesetzt. Dies bedeutet, dass die Grundsteuer künftig nicht mehr nach dem Wert des Grundstücks zum Zeitpunkt der Erbauung (vereinfacht gesagt) festgesetzt wird, sondern nach dem vom Gutachterausschuss festgelegten Grundstückswert. Die Gemeinde legt dann den Hebesatz fest. Damit steht dann auch die Höhe eines jeden Grundstückes fest.

Die veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Berechnung der Grundsteuer führen dazu, dass es Grundstückseigentümer gibt, die deutlich mehr oder deutlich weniger als bisher zahlen müssen. Dies liegt in der Natur der Sache. Das heißt, wenn sich die Bemessungsgrundlage ändert, verändert sich natürlich auch im konkreten Einzelfall die Finanzierung. Durch die geforderten Mehreinnahmen entstehen noch zusätzliche Belastungen für die Grundstückseigentümer.

Bundes- und Landespolitiker haben immer wieder beteuert, dass die Grundsteuerreform keine höhere Belastung für die Bürger sein wird. Diese Aussage ist insofern bemerkenswert, da es sich um eine kommunale Steuer handelt. Das heißt, derartige Ansagen stellen eine unzulässige Einmischung in kommunale Selbstverwaltung dar. Das Land Baden-Württemberg geht sogar noch einen Schritt weiter und plädiert für die Einführung von Transparenzregistern, die darstellen sollen, wie die Grundsteuerreform von den Gemeinden genutzt wird, um die Einnahmen zu steigern. Diese

Maßnahme lehnen wir entschieden ab. Das Land hat aus unserer Sicht durchaus andere Hausaufgaben zu erledigen.

Der neue Hebesatz wird im Gemeinderat voraussichtlich am 26.09.2024 festgesetzt. Wir werden am Montag, den 23.09.2024 eine Fraktions-sitzung zu diesem Thema durchführen, bei der es vor allem um die Frage der Festsetzung der Hebesätze gehen soll. Die Bevölkerung ist herzlich eingeladen daran teilzunehmen. Um eine angemessene Raumgröße vorzuhalten, bitten wir um eine Anmeldung an stefan.lenz@fw-wilhelmsfeld.de

Die Gemeinderatsfraktion der Freien Wähler

Stefan Lenz, Klaus Höhr, Stefan Lenz

Postagentur nach Angaben der Bundesnetzagentur soll am 15. Oktober 2024 eröffnen

Seit geraumer Zeit wendet sich die Gemeinderatsfraktion der Freien Wähler mit Hinweisen an die Bundesnetzagentur, die für die Regulierung der Postdienstleistungen zuständig ist. Die Deutsche Post ist aufgrund von Bundesregelungen verpflichtet in Orten mit mehr als 2.000 Einwohnern eine Postagentur aufrecht zu erhalten. Die Postagentur in Wilhelmsfeld wurde bekanntlich Ende Dezember 2023 geschlossen. Nachdem immer wieder neue Termine genannt wurden, hat die Deutsche Post der Bundesnetzagentur jetzt mitgeteilt, dass geplant ist, die Postagentur am 15. Oktober 2024 zu öffnen.